

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 24 (1932)
Heft: 4

Artikel: Aufbau der Gemeinwirtschaft
Autor: Erlacher, Georg J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352553>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nossen Straub und der deutschen Genossen Ellinger und Kaufmann eine allgemeine Begründung wirklich nicht mehr gegeben zu werden. Ellingers Arbeit hat überzeugend bewiesen, wie durch soziale Baubetriebe der von ihm geschilderten Art nicht nur der Wohnungsbau billiger und solider gestaltet werden kann, sondern wie diese Betriebe sich auch vorteilhaft die Produktion der benötigten Rohmaterialien (Ziegeleien, Sägewerke, Steinbrüche, Kunststeinfabriken) angliedern, dergestalt also ein Stück «vertikaler Sozialisierung» durchführen können. Und Kaufmanns Darstellung der Dewog-Organisation zeigt, wie gewaltig der organisatorische Zusammenschluss gleichartiger und gleichgerichteter Einzelunternehmungen die Produktion für gemeinnützige Zwecke zu fördern vermag. Daraus die Folgerungen zu ziehen, die Kollege Straub bereits gezogen hat, und sie praktisch durchzuführen, ist sicherlich eine der wichtigsten praktischen Aufgaben der Gewerkschaften, der Genossenschaften und der politischen Arbeiterbewegung.

Selbstverständlich kann diese praktische Tätigkeit auf gemeinschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiet den Gewerkschaftskampf und die politische, weltanschauliche Aufklärung der Volksmassen und die Beeinflussung des ganzen öffentlichen Lebens nicht ersetzen. Aber sie kann und muss sie ergänzen. Zu der unentbehrlichen schärfsten Kritik des kapitalistischen Geschehens hat die praktische Aufbauarbeit, hat die schrittweise Umgestaltung alles Gesellschaftlichen zu treten. Erkennen, Vorwärtsdrängen und Schaffen, und das ist wirklicher proletarischer Klassenkampf!

Aufbau der Gemeinwirtschaft.

Von G e o r g J. E r l a c h e r.

Zum Artikel, der unter diesem Titel im Januarheft der «Gewerkschaftlichen Rundschau» erschienen ist, sind uns zahlreiche Zuschriften zugestellt worden. Da es sich durchweg um zustimmende Äusserungen handelt zu den dort niedergelegten Gedanken, beschränken wir uns, neben dem Aufsatz Ströbels, der einige wertvolle Ergänzungen bringt, auf die Wiedergabe des nachfolgenden Artikels. (Red.)

Nichts kann nützlicher sein, als eine Diskussion über die Grundprobleme der sozialistischen Wirtschaft, hauptsächlich wenn sie uns hinausführen könnte aus der Tat- und Ratlosigkeit, in welche alle Führer der Politik und Wirtschaft durch die Krise versetzt worden sind. Der Schreibende hat je und je, in Zeitungsartikeln und Referaten, darauf hingewiesen, dass die sozialistische (profitlose) Gemeinwirtschaft ja tatsächlich nicht ein fernes und unerreichbares Ideal ist, sondern dass wir in der Schweiz (aber auch anderswo, Russland ungerechnet) schon zu einem guten Teil darin stecken, und dass es nur gelte, diese Anfänge zu entwickeln und auszubauen. Wir stecken sogar schon so tief darin, dass das Privatkapital und die auf demselben individualistischen Boden stehenden

Freigeldler nicht laut genug schreien können, wir stehen am Rande des Abgrundes.

Weder die Bundesbetriebe (Bundesbahnen, Post, Telephon, Telegraph usw.), noch die Gemeindebetriebe (Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke, Strassenbahnen usw.) sind mehr im Besitze privater Kapitalisten und werden von ihnen zu persönlichem Profit ausgebeutet. Selbst ein guter Teil der Geldwirtschaft ist in den Händen der Allgemeinheit (Kantonalbanken, Postscheckwesen), wodurch erhebliche Summen, die sonst als Tantiemen und Dividenden in die Taschen Weniger fliessen würden, der Allgemeinheit zugut kommen. Freilich sind viele dieser Unternehmungen noch mit hohen kapitalistischen Hypotheken belastet, indem privates Obligationenkapital darin investiert ist, das verzinst werden muss. Immerhin sind die profithungrigen Aktionäre ausgeschaltet. An uns ist es, dafür zu sorgen, dass sie nicht auf dem Umweg der Kommerzialisierung (Sesa, Asto) wieder ihre Hand auf die entstaatlichten Bahnen legen.

Ferner sei hingewiesen auf die hochentwickelten Konsumgenossenschaften in unserem Lande, durch welche trotz ihrer oft kapitalistisch orientierten Leiter der Gedanke der profitlosen Gemeinwirtschaft weitgehend verwirklicht wird. Es sei hingewiesen auf ihre, für den eigenen Bedarf arbeitenden Produktionsbetriebe (Mühlen, Schuhfabriken, Schokoladefabrik) und endlich auf die zahlreichen Produktionsgenossenschaften, von denen in der erwähnten Nummer der « Rundschau » ebenfalls die Rede ist.

Es ist überaus erfreulich, dass in der Organisation von Produktivgenossenschaften, die nicht Konsumvereinen gehören, in den letzten Jahren ein Wandel eingetreten ist, der sie tatsächlich zu Keimzellen der sozialistischen Wirtschaft stempelt. Das war nicht immer so. Es ist früher hie und da vorgekommen, dass sich Arbeiter zusammentaten, um gemeinsam eine Werkstätte auf genossenschaftlicher Grundlage zu betreiben, wobei sie sich einbildeten, ein Stück Sozialismus verwirklicht zu haben, weil nicht irgend ein Geldgeber oder Werkinhaber, sondern sie selbst, den ganzen Gewinn (wenn Gewinn überhaupt erzielt wurde) in ihre Taschen steckten. Sie ahnten gar nicht, dass dies nicht Sozialismus, sondern ganz einfach Kapitalismus armer Teufel war. Der Profit wurde nicht ausgeschaltet, sondern ganz einfach anders verteilt. Dafür aufzukommen hatten die Abnehmer der Produkte in Form höherer Preise. Einziges Bestreben der Inhaber solcher Produktivgenossenschaften war und ist es zum Teil heute noch, möglichst viel Geld am Kunden zu verdienen.

Leider hat man in vielen Fällen erfahren müssen, dass solche Produktivgenossenschaften den erhofften Gewinn nicht brachten, dass sie anfangen, schlechtere Löhne zu zahlen, als privatkapitalistische Konkurrenzbetriebe und dass sie schliesslich zusammenbrachen, wobei das hineingesteckte Kapital verloren ging. Das mag verschiedene Ursachen gehabt haben: ungenügendes Kapital,

Mangel an kaufmännischer Routine, Fehlen richtiger Kalkulation, aber sehr oft auch Disziplinlosigkeit der Beteiligten mangels Autorität der Leiter. Denn weil sie nun selber «Meister» waren, glaubten manche, sie brauchten die Arbeitszeit nicht einzuhalten und hätten nicht nötig, so angestrengt zu arbeiten, wie sie es früher mussten. Es liegen viele Ruinen am Wege zur sozialistischen Gemeinwirtschaft.

Darum ist es doppelt erfreulich, dass nunmehr die grossen Gewerkschaftsverbände sich der Sache mehr annehmen wollen.

Die grundlegende Frage ist die: Wer soll Geldgeber und damit Besitzer der Produktivbetriebe sein und wer wird befehlen? Wer übt die Kontrolle aus, wer prüft die Bilanzen, wer erhält den erzielten Reingewinn und wer trägt allfällige Verluste? Dass Privatpersonen und damit also auch die im Betriebe selbst beschäftigten Arbeiter und Angestellten ausser Betracht fallen, dürfte nach Obigem gegeben sein.

In den Kreisen, die ausschliesslich Konsumenteninteressen vertreten, ist öfter der Gedanke ausgesprochen worden, dass nur Konsumentenorganisationen als Inhaber von Produktivgenossenschaften in Frage kommen können. Denn nur der Konsument selber, der gegebenenfalls übersetzte Preise zu bezahlen hätte, kann dafür sorgen, dass die Produktivbetriebe keinen Missbrauch mit ihrer wirtschaftlichen Macht treiben. Er muss also kontrollieren, und weil er Verluste decken muss, will er, wie im Konsumverein, auch die Ueberschüsse der Produktivgenossenschaften einstecken.

Wenn auch viel Richtiges in diesem Gedanken stecken mag, so zeigen die Erfahrungen bei uns in der Schweiz doch wieder, dass Produktivbetriebe, die von Konsumentenorganisationen betrieben werden, oft die gewerkschaftlichen Grundsätze verletzen und mit der Arbeiterschaft in Konflikt kommen. Das ist besonders immer dort zu befürchten, wo nichtsozialistische Leiter an der Spitze stehen, deren Alpha und Omega eine möglichst hohe Rückvergütung ist.

Uebrigens ist diese Lösung nur denkbar, wo es sich um Produktion von Artikeln für den unmittelbaren Lebensbedarf handelt, nicht aber z. B. wo es sich um Herstellung von Produktionsmitteln handelt. Also in einer sehr beschränkten Zahl von Fällen.

Sollen nun als Gründer und Geldgeber der Produktionsbetriebe etwa die Gewerkschaftsverbände auftreten?

Das ist wohl kaum die Meinung der zunächst Interessierten, sowenig wie des Schreibenden. Die Aufgabe der Gewerkschaften liegt auf einem ganz andern Gebiete. Sie sind Kampforganisationen, die in erster Linie Lohn, Arbeitszeit und übrige Arbeitsverhältnisse der angeschlossenen Arbeiter zu stabilisieren und zu verbessern haben. Schon etwas abseits, aber ihnen durch die Verhältnisse aufgezwungen, liegen die Fürsorgeeinrichtungen der Gewerkschaften, vor allem die Arbeitslosenversicherung, Kranken- und Notfallunterstützung, Rechtsschutz usw. Von dieser Aufgabe sollen die Gewerk-

schaften durch ganz anders geartete Bestrebungen nicht abgelenkt werden.

Wohl haben unter besonders günstigen Verhältnissen, oder der Not gehorchend, Gewerkschaften allein oder in Verbindung mit Arbeiterparteien, Produktivbetriebe ins Leben gerufen (ich denke an den « Vooruit » in Gent und Brüssel). Aber gerade diese Ausnahmen bestätigen die Regel, welche lautet: Gewerkschaften sind als Träger von Produktivbetrieben nicht geeignet.

Die beste Lösung dürfte also die sein, in deren Richtung sich vielversprechende Anfänge im Auslande zu bewegen scheinen, dass eine Dachorganisation gegründet wird, die alle Produktivbetriebe eines Landes oder einer Branche umfasst, sie als Arbeitgeber verwaltet und leitet. Als Geldgeber aber kommt eine Organisation in Frage, die sowohl die Reserven der Genossenschaften, als die grossen Kapitalien der Gewerkschaften betreut und die auch die Spargelder der Arbeiterschaft sammelt. Sie kontrolliert und berät die einzelnen Betriebe, ihr fliesst der Gewinn zu und sie hat gegebenenfalls auch Verluste zu decken. Bei uns in der Schweiz erfüllt die Genossenschaftliche Zentralbank alle Bedingungen, um diese Rolle zu spielen. Dank der Personalunion, die über dieses Geldinstitut zwischen den verschiedenen Gewerkschafts- und Konsumentenorganisationen besteht, dürften viele Reibungen, die sonst einem zentralen Produktionsbetriebe entgegenstehen, vermieden oder überwunden werden.

Dass eine so fest gefügte Korporation den Kredit, speziell der Kantonalbanken, so lange sie nicht über genügend eigene Mittel verfügt, in reichem Masse in Anspruch nehmen könnte, ist einleuchtend.

Wie kommt es nun, dass trotz dieser verhältnismässig leichten Möglichkeit, Produktivgenossenschaften zu gründen und zu unterhalten, so wenig davon Gebrauch gemacht wird?

Das mag zunächst an dem ungeübten und daher zaghaften Unternehmungsgeist der Arbeiterschaft und ihrer Führer liegen. Man begreift anderseits sehr wohl, dass die Gewerkschaften und Genossenschaften grössere Summen nicht in riskierte Geschäfte stecken wollen. Es dürfte auch sehr oft am Mangel an geschäftstüchtigen und technisch durchgebildeten Genossen liegen, dass nicht mehr geschieht. Aber beweisen nicht unsere Konsumgenossenschaften, dass sich in der Arbeiterschaft und ihrem zugewandten Freundeskreis immer wieder Leute finden, die sich als vorzügliche Geschäftsleute erweisen? Gewiss werden wir auch ebenso tüchtige Betriebsleiter finden.

Der einfache Weg zum sozialistischen Aufbau dürfte eventuell der sein, dass bestehende und etwa in Not geratene, sonst aber gute Unternehmen aufgekauft (es genügt eine fünfzigprozentige Aktienbeteiligung) und der gedachten Dachgesellschaft zu treuen Händen übergeben werden. Dadurch erwirbt man nicht nur ein fertig organisiertes Unternehmen, sondern auch die Kundschaft, was von

erheblichem Vorteile ist. Mit der Zeit kann derart ein Stamm tüchtiger Betriebsleiter und sonstiger Vorgesetzter herangebildet werden, der ermöglicht, immer neue Betriebe anzugliedern.

Jedenfalls ist es ausserordentlich zu begrüßen, dass der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in den Vordergrund der Diskussion gestellt und versucht wird, den Gedanken daran in gewerkschaftlichen Kreisen zu beleben.

Politische und wirtschaftliche Macht.

Von M a x W e b e r.

Meine Ausführungen im Januarheft der « Rundschau » haben in einigen Organen der Parteipresse neben grundsätzlicher Zustimmung auch Kritik erfahren. Diese Kritik richtete sich gegen meine Warnung vor einer Ueberschätzung der politischen Machtmittel.

Wer den Artikel « Aufbau der Gemeinwirtschaft » unvoreingenommen liest, wird einen « Gegensatz zwischen der politischen und wirtschaftlichen Betätigung der Arbeiterklasse » nicht entdecken können. Ich habe in keiner Weise den politischen Weg etwa als unnötig bezeichnet, sondern nur davor gewarnt, eine wirtschaftliche Umgestaltung einzig und allein von der Ergreifung der politischen Macht zu erwarten. Dass diese Warnung nicht überflüssig ist, zeigt gerade die Diskussion der Parteipresse, wo daran festgehalten wird, « dass die politische Macht die (!) Voraussetzung ist für die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in eine dauernde und allgemeine Gemeinwirtschaft » (Berner Tagwacht). Und ein Blatt fordert eine « planmässige Einwirkung der Gesellschaft und ihrer Organe, also namentlich auch des Staates, zur Schaffung der Grundlage einer sozialistischen Wirtschaft » (St. Galler Volksstimme).

Es verdient aber auch festgehalten zu werden, dass ein anderes Parteiblatt, die « Basler Arbeiterzeitung », erklärt, es sei absurd, zu glauben, heute herrsche der Kapitalismus und morgen schon der Sozialismus, und es wird dort gewarnt vor Illusionen und Glauben an Wunder. « Selbst die Eroberung der politischen Macht gibt dem Proletariat nur ein hervorragendes Mittel zur Erreichung des Zweckes... Die Arbeiterschaft hat vielleicht zu sehr in der Politik das einzige Mittel betrachtet. Die Eroberung der politischen Macht wird deshalb oft dem Sozialismus gleichgestellt ». Und als Schlussfolgerung daraus: « die Notwendigkeit der aktiven wirtschaftlichen Betätigung in der jetzigen Gesellschaft, die Besinnung auf die eigene wirtschaftliche Kraft und Bedeutung der Arbeiterklasse ».

Die Frage, wie weit die politische Macht geeignet ist zur Umgestaltung der Wirtschaft, ist wichtig genug, um hier nochmals darauf zurückzukommen. Dieses Problem ist von der allergrössten